

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,-, 3- und 6-Monatspreise 5,-, 12,-, 24,-. Einzelnummern 10 Kops. Alle Postankonten, Postträger und Geschäftsstellen sind zu bezeichnen. Im Krieg oder sonstiger Verhältnisse besteht kein Unterschied auf Verlangen der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises. — Abrechnung eingeleitet. Adressänderung erfolgt nur, wenn Vorzettel beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 6 erstere Spalten 20 Kops., die 4gepaltenen Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2gepaltenen Reklamazeile im letzten Teil 1 Kops. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Sonstige und Vorkaufspreise werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Jede Abrechnung erfolgt, wenn der Betrag durch die Zeitung eingeleitet werden muß oder der Auftraggeber in Kontanz gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 276 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkshd.: Dresden 2640 Freitag, den 25. November 1932

Hindenburgs Abjage an Adolf Hitler

Hitlers Vorschlag abgelehnt.

Weil Hindenburg Parteidiktatur befürchtet. Über die Antwort, die Hindenburg dem Führer der Nationalsozialisten erteilt hat, wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen, und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Reichspräsident ihn ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.

Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaube, es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können,

dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und da er befürchte, daß ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig

zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben, der Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

Der Staatssekretär gibt aber im Auftrag des Reichspräsidenten der Erwartung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen Hitler und Hindenburg eines Tages doch noch zustandekommen werde und betont, daß der Reichspräsident jederzeit Herrn Hitler zu einer Aussprache irgendwelcher Art zur Verfügung stehe.

Reichspräsident von Hindenburg begründet also seine Ablehnung, Hitler mit der Führung einer Präsidialregierung zu betrauen, mit denselben Gründen, mit denen er bereits am 13. August es abgelehnt hat, Hitler das Kanzleramt zu übertragen. Auch damals wurde betont, daß der Reichspräsident es nicht vor seinem Gewissen und vor dem Gewissen des deutschen Volkes vertreten könne, dem Führer einer Partei, die immer ihre Ausschließlichkeit betont, die höchste Führung im Reiche zu geben.

Wie es kam.

Am Ende der fünfjährigen Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten bzw. dem Staatssekretär Dr. Meißner einerseits und dem Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei andererseits steht eine Erklärung Hindenburgs, die mit großer Deutlichkeit einen Strich unter diese Verhandlungen zieht. In seiner endgültigen Antwort hat Hitler den Auftrag abgelehnt, festzustellen, ob er eine Regierung auf parlamentarischer Mehrheitsbasis bilden könne; er hat erklärt, daß dies in Verbindung mit den Vorbehalten des Reichspräsidenten unmöglich und überdies auch nicht wünschenswert sei. Demgegenüber machte er den Vorschlag, ein Kabinett zu bilden, das als alleinige verfassungsmäßige Grundlage das Vertrauen des Reichspräsidenten hätte, das er selbst aber führen wolle und für das er sich und seine Partei zur Verfügung stellen wolle. Bereits im Laufe der Verhandlungen, die von Hitler offenbar in ihrem späteren Teil bereits auf den später von ihm gemachten Vorschlag eingestellt waren, ist ihm auf eine Rückfrage hin vom Staatssekretär Dr. Meißner geantwortet worden, daß der Reichspräsident notwendigerfalls wohl auf die Bildung eines Präsidialkabinetts zurückgreifen, aber an dessen Spitze niemals den Führer einer Partei stellen werde. Trotzdem hat Hitler in dieser persönlichen Hinsicht an seinem Vorschlag festgehalten und dem Reichspräsidenten unterbreiten lassen. Die Antwort darauf hat ebenfalls fast einen Tag lang auf sich warten lassen, sie zeigt in ihrer ganzen Fassung, daß die letzten Möglichkeiten einer Kanzlerschaft Hitlers jetzt erschöpft sind.

Hitler hat Schleicher und Schacht abgelehnt.

Wie von zuverlässiger Seite verlautet, hat der letzte Brief Hitlers an den Staatssekretär Meißner wohl die Möglichkeit offengelassen, die Verhandlungen noch weiter fortzusetzen. Jedoch hat Mittwochabend noch eine Unterredung Adolf Hitlers mit Reichswehrminister Schleicher stattgefunden, bei der Hitler seine Forderung auf unbedingte Führung eines jeden Präsidialkabinetts in ausgesprochener Form und eindeutig vertreten hat und jedes Kompromiß ablehnte. Unter anderem hat er es abgelehnt, ein etwaiges Kabinett Schleicher oder ein etwaiges Kabinett Schacht irgendwie zu unterstützen. Unter diesen Umständen hielt man es im Büro des Reichspräsidenten offen-

bar nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen noch weiter fortzuführen, und gab deshalb eine abschließende Antwort.

Kaas bei Hindenburg.

Der Reichspräsident empfing am Donnerstagnachmittag um 17.30 Uhr den Führer der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, zu einer Besprechung über die politische Lage.

Bei dem Empfang des Prälaten Kaas durch den Reichspräsidenten handelte es sich darum, daß der Reichspräsident, nachdem die Verhandlungen mit dem Führer der größten Reichstagsfraktion gescheitert sind, nun auch noch mit dem Führer der zweitgrößten Fraktion von benachbarten Parteien, die für die nationale Konzentration in Frage kommen, die Fühlung aufnehmen wollte, um mit ihm darüber zu beraten, ob nicht doch eine Möglichkeit besteht, diese nationale Konzentration zu verwirklichen.

Der Reichspräsident dürfte mit Kaas darüber gesprochen haben, ob dieser es noch für möglich hält, im Reichstage eine Mehrheitskoalition zustande zu bringen, und dürfte gefragt haben, ob Kaas es sich zutraue, für diese Aufgabe eine vermittelnde Rolle zu übernehmen. Kaas hat bereits bei dem ersten Empfang durch Hindenburg den Standpunkt vertreten, daß eine Mehrheit im Reichstag gebildet werden könnte.

Kaas wird sich noch mit seinen Parteifreunden beraten, vielleicht auch noch kurz mit den anderen Parteiführern Rücksprache nehmen und erst am Freitag seine endgültige Antwort dem Reichspräsidenten übermitteln.

Die Parteiführer bei Hindenburg.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident empfing am Donnerstagnachmittag den Führer des Zentrums, Prälaten Kaas, zu einer Aussprache über die Frage der Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Reichstage. Die Besprechung wird am Freitagnachmittag fortgesetzt.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, sind auch die anderen Parteiführer noch zu dieser Frage gehört worden. Bei dieser Besprechung wurde der Reichspräsident durch Staatssekretär Meißner vertreten. Es waren Eugen Berg für die Deutschnationalen, Staatsrat Schäffer für die Bayerische Volkspartei und Dingeldey für die Deutsche Volkspartei zu dieser Besprechung gebeten worden.

Unterredung Hitler-Eugenberg.

Wie die Reichspressestelle der NSDAP, mitteilt, hat am Donnerstag neben Besprechungen mit anderen Parteien nach vielen Monaten auch wieder eine Besprechung Adolf Hitlers mit dem Führer der Deutschnationalen, Dr. Eugen Berg, stattgefunden.

Besprechung Hitlers auch mit Staatsrat Schäffer.

Wie verlautet, hat am Donnerstag nachmittag auch eine persönliche Unterredung zwischen Adolf Hitler und dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, stattgefunden.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt hierzu unter anderem: Es werde von Interesse sein, zu erfahren, warum Hitler sich erst zu einer Kühlunahme mit

Der Briefwechsel zwischen Hindenburg und Hitler.

Hindenburgs Abjagebrief.

In dem abschließenden Brief des Staatssekretärs Meißner an Hitler heißt es u. a.:

1. Der Herr Reichspräsident nimmt Ihre Antwort zur Kenntnis, daß Sie den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung nicht für aussichtsreich halten und deshalb den Ihnen erteilten Auftrag zurückgeben. Zu der von Ihnen für diese Ablehnung gegebenen Begründung läßt der Herr Reichspräsident bemerken, daß er gerade nach den Ausführungen der Führer des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, aber auch nach Ihren eigenen Ausführungen in der Besprechung vom 19. November im Gegenteil annehmen mußte, daß eine Mehrheitsbildung im Reichstag möglich war.

2. Der Herr Reichspräsident dankt Ihnen, sehr verehrter Herr Hitler, für Ihre Bereitwilligkeit, die Führung eines „Präsidialkabinetts“ zu übernehmen. Er glaubt aber, es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei seine präsidialen Vollmachten zu geben, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, und die gegen ihn persönlich wie auch gegenüber den von ihm für notwendig erachteten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen

den anderen Parteien entschloß, wie es zum Beispiel am Donnerstag nachmittag mit dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei geschehen sei, als die Frage seiner Kanzlerschaft in irgendeiner Form vom Reichspräsidenten endgültig ablehnend entschieden war. Die Bayerische Volkspartei hätte Herrn Hitler unter bestimmten Voraussetzungen nicht die Möglichkeit genommen, zu zeigen, ob er gewillt und fähig sei, eine dem Vaterland und allen Ständen erspriessliche Politik zu machen.

Berliner Pressstimmen.

Berlin, 25. November. Zu den letzten politischen Ereignissen nehmen die Berliner Blätter ausführlich Stellung. Die „Germania“ schreibt unter der Überschrift: „Es gibt kein Zurück“ u. a.: Ein Wiederaufleben der demissionierten Regierung in ihrer persönlichen Enge in ihren unglücklichen Methoden und in manchen ihrer heftigsten Zielen würde das genaue Gegenteil einer politischen Entspannung bedeuten. — Die „Vossische Zeitung“ betont, daß sie weder Freude noch Genugtuung darüber empfinde, daß der Versuch einer nationalen Konzentration unter der Kanzlerschaft Hitlers ergebnislos geblieben sei. Niemand unterschätze die Gefährlichkeit des Experimentes, das Hitlers Berufung darstelle. Trotzdem hätte er gemacht werden müssen, wenn Hitler sich zu der parlamentarischen Lösung verstanden hätte. — Der „Volkswacht“ rechnet damit, daß nach einem Scheitern der Verhandlungen mit Prälat Kaas eine neue Präsidialregierung komme. Wenn es zu einer Erörterung des Reichspräsidenten mit den Parteien über die Grundlage einer neuen Präsidialregierung kommen sollte, werde von deutschnationaler Seite mit größtem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß das kommende Kabinett der verschärften augenblicklichen Lage durch umfangreiche Neuverordnungen gegenüber dem bisherigen Kabinett von Papen Rechnung tragen müsse. — Die „Börsen-Zeitung“ schreibt, der Zweck der jetzt eingeleiteten Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern sei lediglich der, festzustellen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Parteien bereit und in der Lage seien, einer vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragenen Präsidialregierung die Gelegenheit zur Regierungsarbeit zu geben und auf eine parlamentarische Opposition bis auf weiteres zu verzichten. — Nach dem „Börsen-Courier“ hat sich Prälat Kaas in der ersten Aussprache beim Reichspräsidenten dafür eingesetzt, daß eine Präsidialregierung eine Zusammenarbeit mit dem Reichstag verleihe. — Die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet das Ergebnis als einen Zustand vollendeter Verwirrung. Ein Ausweg aus der Lage, in die wir durch die unverantwortliche Behandlung dieser Krise hineingebracht worden seien, sei bei dem gegenwärtigen Stand der Führerlosigkeit überhaupt nicht erkennbar. Als Ansatz zu neuen Möglichkeiten sei allein die Fühlungnahme innerhalb der nationalen Front zu bezeichnen, die am Donnerstagnachmittag zu einer Aussprache zwischen Hitler und Eugen Berg geführt habe. — Die „D.A.Z.“ hofft, daß noch eine Einigung im nationalen Lager zustandekomme. Sonst würde eine der schwärzesten Stunden der an Ereignissen wirklich nicht reichen Nachkriegsgeschichte gekommen sein. — Die „Tägliche Rundschau“ sagt, wir standen heute nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Hitler vor sehr ersten Ereignissen. Ein zweites Kabinett Papen würde sie nur verschärfen. — Der „Vorwärts“ ist der Auffassung, daß den Unterredungen des Zentrumsführers Kaas kaum Aussicht auf Erfolg beschieden sein dürfe. Eine Wiederbeauftragung Papens werde aber eine außerordentlich ernste Verschärfung der Krise bedeuten.

Überwiegend verneinend eingestellt war. Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von Ihnen geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

3. Nachdem Sie zum lebhaften Bedauern des Herrn Reichspräsidenten sowohl in den bisherigen Besprechungen mit ihm als auch in Ihrer gestrigen, mit seinem Wissen geführten Unterhaltung mit dem Herrn Reichswehrminister General von Schleicher jede andere Art der Mitarbeit innerhalb oder außerhalb einer neu zu bildenden Regierung — gleichgültig, unter welcher Führung diese Regierung auch stehen möge — mit aller Entschiedenheit abgelehnt haben, verspricht sich der Herr Reichspräsident von weiteren schriftlichen oder mündlichen Erörterungen über diese Frage keinen Erfolg.

Unabhängig hiervon wiederholt der Herr Reichspräsident aber seine Ihnen in der letzten Besprechung am Montag abgegebene Erklärung, daß seine Tür jederzeit für Sie offenstehe, und wird immer bereit